

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmüt G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0654

Inhalt

Professor Egon Bahr zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion: Krieg in Europa für alle Zeiten unmöglich machen. (Teil I)

Seite 1

Angelika Barbe MdB zur Weitergabe von Stasi-Akten: Diestel sprach nicht die Wahrheit.

Seite 4

Cornelia Sonntag-Wolgast MdB zur angekündigten Amtsniederlegung von Lieselotte Funcke: Ein Rücktritt, der sich als Appell versteht.

Seite 4

Dieter Schanz MdB zur Vorbereitungsphase der UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung": Entwicklungspolitik ist auch Umweltpolitik.

Seite 5

Horst Gobrecht zu einer Hamburger Initiative für die von der Cholera bedrohte nicaraguanische Stadt Leon: Partnerschaft in schwerer Zeit.

Seite 6

46. Jahrgang / 115

20. Juni 1991

Krieg in Europa für alle Zeiten unmöglich machen

Gedanken zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (Teil I)

Von Professor Egon Bahr*
Mitglied des SPD-Präsidiums

Der 22. Juni 1941 ist ein Tag gewesen, der das Schicksal von Millionen von Menschen nicht nur der Völker dieser beiden Staaten bestimmt hat. Kein Wunder, daß noch heute das Gedächtnis vieler Einzelner diese Stunden festgehalten hat. Ich war an jenem strahlenden Sonntag zuhause in Berlin, die Eltern machten einen Besuch, als ich zum erstenmal die Rußland-Fanfare hörte. Es war ein Gefühl, als ob die Erde zu beben beginnt. Der 19jährige dachte an Napoleon. Von diesem Tag an war ich sicher, daß der Krieg verloren wäre, und keine Sondermeldung über Siege mit Hunderttausenden von Gefangenen hat auch nur eine Sekunde Zweifel aufkommen lassen.

Keine Erinnerung damals Beteiligter, keine Akten und Pläne aus lange verschlossenen Archiven können die elementare Wucht der deutschen Verantwortung aufheben. Der Führer hat befohlen, und wir folgten. Die Generale, die Soldaten, die Wirtschaftskapitäne, die Arbeiter, die Frauen, die Jugend. Und für die allermeisten galt nicht nur, daß sie kaum etwas anderes tun konnten, sondern auch schon bald, vom ersten Winter an, daß sie kaum etwas anderes tun wollten. Wo es den Wunsch nach Sieg noch gab, wurde er schnell überlagert von der Sorge für diejenigen, die draußen waren.

Diese im Laufe der Jahre wachsende Sorge ließ kaum den Gedanken an Leid, Not und Schmerz aufkommen, die wir anderen zufügten. Und wer schon kannte den verbrecherischen Kommissar-Befehl zur Liquidierung von Untermenschen, wie es in der unmenschlichen Sprache hieß? Oder die Pläne, die 30 Millionen Menschen umsiedeln wollten hinter den Ural? Oder Pläne, die aus hybrider Phantasie Wirklichkeit machen wollten, drei Vasallen-Staatsgebilde von rund 90 Millionen Menschen zu gründen und einen anderen Staat (Moskowien-Rußland) mit allen Mitteln der Politik nach Osten zu wenden (wieder 60 Millionen)*, wie aus einer Aufzeichnung Alfred Rosenbergs überliefert ist.

* Der Autor trug diese Gedanken am 19. Juni auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vor.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlegerin Ursprung
mit wertvollen Ratstagen
Kreuzing-Paier



Am 22. Juni 1941 begann die Geschichte, die sowjetische Truppen bis in die Mitte Europas führte und Deutschland teilte. Auch heute nach der staatlichen Einheit, die die Teilung der Nation so offengelegt hat, sind die Völker Europas mit den Auswirkungen dessen beladen, was vor 50 Jahren begann: Wenn Europa in diesen Monaten mit Zuversicht nach vorn blickt, so auch deshalb, weil dieser Krieg nicht vergessen werden kann. Er hat sich zu tief in die kollektive Erinnerung der Völker eingegraben.

Die Schwere der Verwundungen, die die Völker sich zugefügt haben, hat auch einen viel zu teuer bezahlten Respekt wachsen lassen vor der Kraft und der Leidensfähigkeit der anderen.

Rußland, das ist ein Wort, bei dem für Deutsche vieles mitschwingt. Die Sowjetunion, das ist die Bezeichnung eines Staates, dessen ideologische Ansprüche neben seiner militärischen Macht das Gefühl der Bedrohung bis in die jüngste Zeit wachhielten. Manche können sich noch gar nicht so recht daran gewöhnen, daß die Ankündigung aus sowjetischem Mund Wirklichkeit geworden ist, man werde uns etwas Gewaltiges antun, nämlich den Feind und Gegner rauben.

Welch ein Bogen von den Anfängen in Potsdam über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zehn Jahre später bis zu dieser neuen Wirklichkeit.

An jenem Winterabend im Januar 1970, an dem ich zum erstenmal vom Flugplatz Scheremetjewo nach Moskau fuhr, wurde ich auf das Denkmal überdimensionierter Panzersperren aufmerksam gemacht, die den äußersten Punkt vor den Toren der Stadt markieren, bis zu dem die deutsche Armee gekommen ist. Und so oft ich daran vorbeifahre, erinnere ich jene Geste des sowjetischen Fahrers, mit der er seine Hand auf den Arm meiner Sekretärin legte, auf jenes Denkmal zeigte und sagte: "Nie mehr." Das war dann sechs Monate später, nachdem der Moskauer Vertrag am 12. August unterzeichnet worden war. Wieviele Seiten des Buches mußten umgeschlagen und immer neu geschrieben werden, bevor sie sagen dürfen, daß uns nicht mehr hindern soll, was vor 50 Jahren begann.

Jene Tage in Moskau gehörten gewiß dazu. Mit dem Mut von Willy Brandt, sein politisches Schicksal gegen starke Widerstände an einen neuen Anfang unseres Verhältnisses mit der Sowjetunion zu knüpfen und mit einem Partner Leonid Breschnew, der außenpolitisch alles andere als Stagnation verkörperte, in Oreanda die Perspektive europäischer Sicherheit ins Auge zu fassen. Nur die Investition von Vertrauen hat das Vertrauen wachsen lassen, ohne das es das Vier-Mächte-Abkommen nicht gegeben hätte, das Westberlin aus der Druckanfälligkeit befreite. Bis zum Grotesken unnormal, aber erfolgreich, die schiedsrichterliche Geburtshelferrolle des sowjetischen Botschafters in Bonn bei der Formulierung der Entschließung, die dem Bundestag eine Interpretation des nicht veränderbaren Vertrages gestattete. Ein ähnliches Schicksal dürfte die Entschließung haben, zu der das Parlament bei der Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages gedrängt wird. Unvergessen auch die Gemütsbewegung, als Breschnew und der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt beim Abendessen des Kanzlers feststellten, daß sie während des Krieges sich ziemlich nahe gegenübergelegen hatten.

Auch die Seiten des Buches dürfen nicht überschlagen werden, auf denen der Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit über das Jahr 2000 gezeichnet wurde und die gemeinsame Erklärung, von der sich später manches in dem großen Vertrag wiederfand. Die Jahreszahlen erscheinen gar nicht mehr so wichtig; die Hindernisse schrumpfen im Rückblick, als ob es den Hohn über Gewaltverzicht, Entspannungspolitik und die Idee der gemeinsamen Sicherheit, der Partnerschaft mit dem potentiellen Gegner nicht gegeben hätte. Aus Gegnern wurden Freunde des Helsinki-Prozesses.

Die Unverletzlichkeit der Grenzen unter das absolute Gebot des Gewaltverzichts gestellt, dieser Pfeiler des Moskauer Vertrages wurde auch Pfeiler in Helsinki. Er trägt die Hoffnungen Europas als kategorischen Imperativ auch in die Zukunft. Das Gespräch über das gemeinsame

Haus haben wir begonnen und noch nicht beendet. Viele Elemente sozialdemokratischer Vorstellungen wurden nach dem Regierungswechsel weitergetragen, sogar methodisch. Es war nicht das Schlechteste dieser Ostpolitik, daß ihre früheren Gegner sie, nun in der Verantwortung, prüften und für gut befanden. Zusammenarbeit mit den Staaten und Völkern Osteuropas entsprach eben dem deutschen Interesse, und zwar einem unveränderbaren, nicht mehr umstritten, vom ganzen Volk getragen, unabhängig von Regierungswechseln.

Aber das alles hätte nicht gereicht ohne Michail Gorbatschow, der dem deutschen Volk das Gefühl der Bedrohung nahm und dafür bei seinem Besuch die Zeichen der Erleichterung und Zuneigung empfing. Raketen, mit denen man sich gegenseitig vom eigenen Boden bedrohte, sind weg und wird es nach dem Willen des deutschen Volkes auch nicht mehr geben. Schließlich war Gorbatschow konsequent genug, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung in der Wirklichkeit und nicht nur in Deklamationen zuzugestehen. Kein Fehler, der im Vollzug der deutschen Einheit gemacht wurde, kann das Verdienst des Kanzlers daran schmälern, das er erreicht hat durch einseitige Vorleistungen von Truppenreduktionen, den atomwaffenfreien Korridor in Ostdeutschland und die Freiheit von fremden Truppen in diesem Gebiet auch nach der Rückführung der sowjetischen Streitkräfte.

Entgegen manchen Befürchtungen konnten wir nach dem Moskauer Vertrag beweisen, daß weder eine Vereinbarung noch eine Absicht vorlag, die sich zu Lasten einer anderen Nation ausgewirkt hatte. Was Bonn und Moskau vereinbart hatten und auch in einer Reihe bilateraler Abkommen fortsetzten, taugte zum Fundament für die Schlußakte von Helsinki. Das Wort Zusammenarbeit war damals umstritten. Das Wort Partnerschaft später erst recht. Das Wort Freundschaft haben wir nicht auszusprechen gewagt, obwohl gerade das das Ziel war. Heute ist das Vertragstext. Und es gehört zu den erfreulichen Überraschungen der letzten Tage, lesen zu können, daß der deutsche Kanzler und der sowjetische Präsident sich duzen.

Es wäre eigentlich natürlich, nach den extrem übersteigerten Ausschlägen unserer Geschichte, dem Wunsch nach Normalität unserer Beziehungen zu folgen. In der Tat, die Normalität, jener Zustand beglückender Langeweile mit Nachrichten, die sich nicht unter den Balkenüberschriften erster Seiten drängen, sollte das Ziel sein. Aber noch ist es unerfüllbar.

Unsere Gefühle sind noch nicht normal. Die großartige Hilfsbereitschaft der Deutschen, übrigens der Westdeutschen vor allem, die sich im letzten Winter gezeigt hat, enthielt manche peinlichen Nebentöne, und bei den Empfängern war zuweilen der Beigeschmack spürbar, der sich bei Siegern einstellt, wenn sie von Besiegten etwas erhalten. Nach diesem Krieg und dieser Nachkriegsgeschichte verlangen sogar aus vollem Herzen und ohne Hintergedanken gegebene Geschenke noch immer Takt. Und das kann gar nicht die Zuwendung mindern, die deutsche Normalbürgerinnen und -bürger unvergleichbar zu allen früheren Spendenaufrufen gezeigt haben. Und das Erlebnis von Menschen in der Sowjetunion, die mit dem Empfang vielleicht auch Feindbilder zu korrigieren begannen. Das war und bleibt ein Stück Versöhnung zwischen den Völkern. Die Aufnahme von Tschernobyl-Kindern gehört gewiß dazu.

Wer könnte nicht die Skepsis verstehen, die es bei manchen Menschen in der Sowjetunion gibt, was man denn vom vereinten Deutschland zu erwarten hat in einer Lage, in der es gerade einfachen Menschen gar nicht leicht fällt, herauszufinden, wer denn nun gesiegt und wer denn nun verloren hat. Nicht nur in unseren Gefühlen fehlt uns noch Gleichgewicht. Gegenseitige Überschätzung und Unterschätzung sind weiter feststellbar. Die Deutschen könnten mehr als sie tun und weniger als die Sowjetunion erwartet, und die Sowjetunion und ihre Menschen leiden mehr als sie müßten und tun weniger als sie sollten. Der Abbau von Vorurteilen, gewaltig wenn wir zurückblicken, ist noch längst nicht geschafft. Wir könnten mehr tun, damit die sowjetischen Soldaten unser Land als Freunde verlassen, möglichst gut gerüstet für die wirtschaftliche Erholung ihres Landes.

(-/20. Juni 1991/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

Diestel sprach nicht die Wahrheit
Zur Weitergabe von Stasi-Akten an Bundesbehörden

Von Angelika Barbe MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Der Staatssekretär des Bundesinnenministerium, Neusel, trug gestern dem Innenausschuß des Bundestages den von der SPD geforderten Bericht über vorhandene Stasi-Unterlagen beim Verfassungsschutz und anderen Sicherheitsbehörden vor.

Demnach besitzt das Bundesamt für Verfassungsschutz seit einem Jahr Unterlagen der Abteilungen Spionageabwehr, Terrorabwehr, Hauptverwaltung Aufklärung und Telefonüberwachung.

Auch dem Bundeskriminalamt (BKA) sind laut Neusel "ausnahmslos" alle benötigten Akten übergeben worden.

Diese Auskunft ist deshalb aufschlußreich, weil sich die monatelang beklagte angebliche "Behinderung" der Strafverfolgungsbehörden damit als haltlos erweist.

Unerklärlich bleibt deshalb nach wie vor, warum CDU, FDP, und Bundesministerium die Daten von Betroffenen ohne deren Zustimmung für Strafprozesse nutzen wollen.

Neusel gab außerdem zu, daß Akten bereits vom ehemaligen DDR-Innenminister Diestel - ohne Rechtsgrundlage - "dankbar entgegen genommen wurden". Diestels Schwüre vor der Volkskammer, nichts herausgegeben zu haben, erweisen sich nachträglich als Lügen.

Empörend ist weiterhin das Zugeständnis Neusels, "wahrscheinlich" auch über Daten von Betroffenen zu verfügen, die rechtswidrig von den Stasi-Behörden über die Bürger und Bürgerinnen der alten Bundesländer gesammelt wurden.

Deutlich wird dabei, daß es nicht um die Wahrung der Interessen des Betroffenen geht, sondern ausschließlich um die der Behörden.

Nach Einbringung des Stasi-Unterlagen-Gesetz ist jetzt klar, welches Interesse der Verfassungsschutz an der "Aussonderung" von Stasi-Unterlagen hat - nachträglich soll das Agieren im rechtsfreien Raum durch die Behörden legalisiert werden.

(-/20. Juni 1991/rs/ks)

Ein Rücktritt, der sich als Appell versteht
Zur angekündigten Amtsniederlegung von Lieselotte Funcke als Ausländerbeauftragte

Von Cornelle Sonntag-Wolgast MdB
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Die bevorstehende Amtsniederlegung der Ausländerbeauftragten Lieselotte Funcke ist sehr zu bedauern. Frau Funckes Arbeit in den vergangenen Jahren verdient hohe Anerkennung. Es war ein Kampf gegen Stammtischparolen, Vorurteile und Engstirnigkeit, vor allem aber auch eine ständige Auseinandersetzung mit einer Regierungspolitik, die von positiven Signalen für eine bessere Integration der Ausländer viel zu wenig spüren ließ.

Dafür gebührt der Ausländerbeauftragten Dank.

Frau Funcke hat ihr Amt sehr viel umfassender begriffen als nur "Kummerkasten" und Anlaufstelle für Beschwerden. Sie hat das Gespräch mit den gesellschaftlichen Gruppen gesucht, hat sich immer wieder in die aktuelle ausländerpolitische Diskussion und die Gesetzgebung kritisch eingemischt. Mit ihren engagierten Stellungnahmen hat sie den Parteien auf die Sprünge geholfen - auch der SPD!

Frau Funckes Rücktritt sollte als Appell verstanden werden: für eine Aufwertung der Funktion der/des Ausländerbeauftragten, für intensivere Bemühungen um die Bekämpfung des Fremdenhasses vor allem - aber nicht nur - in den neuen Bundesländern. Ihre Forderung nach einer Kommission für Migrationsfragen deckt sich weitgehend mit Überlegungen und Vorarbeiten der SPD-Bundestagsfraktion für eine umfassende, zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik.

(-/20. Juni 1991/rs/ks)

Entwicklungspolitik ist auch Umweltpolitik

Zur Vorbereitungsphase der UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung"

Von Dieter Schanz MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher für Umwelt und Entwicklung in der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Das Erkennen der Zusammenhänge zwischen Umweltzerstörung, Verschuldung und Unterentwicklung sowie existentieller Armut in den Entwicklungsländern ist evident wichtig, um die richtigen Ansatzpunkte für entwicklungspolitische Maßnahmen ergreifen zu können. Um Umweltzerstörung in der sogenannten III. Welt zu verhindern, gilt es in erster Linie die Armut zu überwinden. Deshalb ist es wichtig, daß bei der Vorbereitung der UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung" 1992 in Rio de Janeiro gerade die Entwicklungspolitiker Gelegenheit bekommen, ihre Erkenntnisse in die Beratungen einzubringen.

Der bereits in der 11. Legislaturperiode in den Bundestag eingebrachte und angenommene interfraktionelle Antrag zur Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe verdient entsprechende Beachtung bei der Ausgestaltung der Konferenz für "Umwelt und Entwicklung".

Zentrale entwicklungspolitische Initiativen der Armutsbekämpfung zielen beispielsweise auf Ressourcenschutz, rationelle Energieverwendung und verstärkten Einsatz regenerativer Energien sowie einer sinnvollen Bevölkerungspolitik und nicht zuletzt auf eine massive Bildungspolitik. Vergewahrtigt man sich die Zusammenhänge wie oben angedeutet und berücksichtigt man außerdem die globale Dimension von Umweltschutz, so muß man erkennen, daß Entwicklungspolitik auch Umweltpolitik ist.

Ich fordere deshalb das nationale Vorbereitungskomitee für die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" auf, diese Aspekte zu beherzigen und eine Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Dimension bei der Konferenz zu gewährleisten.

(-/20. Juni 1991/rs/bgy)

Partnerschaft in schwerer Zeit

**Zu einer Hamburger Initiative für die von der Cholera bedrohte nicaraguianische Stadt
Leon**

Von Horst Gobrecht

Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Hamburgs Partnerstadt Leon (Nicaragua) und ihre Region bereiten sich auf die Abwehr einer Cholera-Epidemie vor. Die Nachbarstaaten Honduras und Panama wurden von der Seuche bereits erreicht. Der Hamburger Senat beschloß, beim Bürgerausschuß 150.000 DM für die Unterstützung unserer Partnerstadt im Kampf gegen die Cholera nachzufordern.

In der Region Leon (Nicaragua) leben etwa 600.000 Menschen, davon in der Stadt rund 150.000. Wie überall in Nicaragua mangelt es an vorbeugender Gesundheitshilfe und an medizinischem Material. Die hygienischen Lebensverhältnisse der Menschen entsprechen nicht den in diesem Klima notwendigen Ansprüchen.

Schon frühzeitig hat Hamburg in Zusammenarbeit mit Leon und verschiedenen Organisationen und den Kirchen die Gefahren dieser Mangelversorgung erkannt und Projekte in den Bereichen Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Medizintechnik unterstützt. Auch ein Projekt zur Verbesserung der Wohnsituation wurde eingeleitet. Hamburgs Hilfen reichen aber bei weitem nicht aus, die Verhältnisse grundlegend zu ändern. Deshalb muß damit gerechnet werden, daß die Cholera auch auf Leon und seine Region übergreifen wird. Die in Leon gebildete Comisión Municipal de Saneamiento Ambiental rechnet damit, daß allein in der Stadt Leon etwa ein Prozent der Bevölkerung - das sind etwa 1.500 Menschen - an Cholera erkranken.

In der Bevölkerung unserer Partnerstadt herrscht große Angst vor einem Ausbruch einer Cholera-Epidemie, weil die für die Behandlung notwendigen Salz- und Infusionslösungen und die für eine medikamentöse Versorgung erforderliche Antibiotika nicht vorhanden sind.

Der Senat hat zur Unterstützung der Stadt Leon im Kampf gegen die Cholera beschlossen, beim Bürgerausschuß 150.000 DM zur Beschaffung von 20.000 Liter Infusionslösungen, Elektrolytbeutel für Suero und Elektrolytkonzentrate für Infusionen, Antibiotika sowie den dazugehörigen Verabreichungsmaterialien zu beantragen.

Wir wissen aus Erfahrungen in den lateinamerikanischen Ländern, daß die Probleme beim ersten Auftreten von Cholera durch eine sehr schnelle Hilfe erheblich eingegrenzt werden können. Etwa 80 Prozent der an Cholera erkrankten Menschen konnten in vergleichbaren Ländern durch eine orale Rehydrierung behandelt werden. Entscheidend ist, daß schnell gehandelt wird.

(-/20. Juni 1991/rs/ks)
